Weiterführende Links zu den Themen im Text!

BAYERN

Die Zeitung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

1/2015

bayernspd-landtag.de

SPD startet Wohnungsbauoffensive

Freistaat muss den Mietenhorror deutlich aktiver bekämpfen

VON ULRICH MEYER

Wer sich die Mietpreise in München und Nürnberg, zunehmend aber auch in anderen Universitäts- und Industriestandorten ansieht, muss fast verzweifeln. Selbst Normalverdiener können sich bei Quadratmeterpreisen von 15 Euro und mehr eine Wohnung für ihre Familie schlicht nicht mehr leisten.

Für den wohnungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Andreas Lotte, sind die Monstermieten die wichtigste Herausforderung für die bayerische Politik: „Die von der SPD auf Bundesebene durchgesetzte Mietpreisbremse ist ein richtiger Schritt, der die Mietentwicklung zumindest dämpfen kann. Doch am besten hilft gegen Wohnraummangel und Mietenwahnsinn der Bau neuer Wohnungen und Häuser. Wurden Mitte der 90er Jahre noch rund Hunderttausend Wohnungen pro Jahr fertiggestellt, so ist es derzeit gerade mal die Hälfte.“

Der parlamentarische Geschäftsführer und Finanzexperte der SPD-Fraktion, Volkmar Halbleib, schlägt deshalb die Gründung einer neuen großen staatlichen bayerischen Wohnungsbaugesellschaft mit ausreichender Kapitalausstattung vor: „Die Städte gehen bereits mit gutem Beispiel voran und bauen Wohnungen, soviel sie nur können. Doch die CSU-Staatsregierung hält sich hier mit lediglich zwei begrenzt aktiven Gesellschaften viel zu sehr zurück. Der Freistaat selbst muss im Wohnungsbau aktiver werden – und das nicht nur für seine Beamten und Angestellten.“

Der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter unterstützt diesen Vorstoß aus der SPD-Landtagsfraktion: „Das würde insgesamt dazu beitragen, die Wohnungssituation in München zu entspannen. Gerade nach dem Fiasko und schamlosen Verkauf Tausender bezahlbarer GBW-Wohnungen könnte der Freistaat seiner Verantwortung endlich wieder gerecht werden und neue bezahlbare Wohnungen dort schaffen, wo er sie vorher unnötigerweise privatisiert und die Mieterinnen und Mieter in schiere Existenznot gebracht hat.“

Fraktionsvizin Helga Schmitt-Bussinger nimmt die CSU-Staatsregierung mit der Bayerischen Verfassung in die Pflicht: „In Artikel 106 heißt es klar und deutlich: ‚Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.‘ Diesem Verfassungsauftrag wird die CSU-Staatsregierung leider nicht gerecht.“ Mehr zum Thema

Bayern Barrierefrei

Für Menschen mit Behinderung, Senioren oder auch Familien mit Kleinkindern ist ihr Alltag in Bayern oftmals ein Hindernislauf. Die Barrierefreiheit endet schon am nächsten Bordstein, scheitert an kruden Behördeninformationen oder an unzugänglichen Bahnhöfen. Die SPD-Landtagsfraktion und ihre Sozialexpertin Angelika Weikert nehmen sich dieses Themas in diesem Frühjahr besonders an. Mit einer Kampagne und parlamentarischen Initiativen werden sie die CSU-Staatsregierung unter Druck setzen.
Mehr unter bayernspd-landtag.de/barrierefrei und bayern-barrierefrei.de

SPD-Dokufilmpreis

Unter der Überschrift „Das andere Sehen“ hat die SPD-Landtagsfraktion mit ihrer Kulturexpertin Isabell Zacharias gemeinsam mit dem Internationalen Dokumentarfilmfestival München einen Jugendfilmpreis ausgelobt. Gesucht wurden filmische Erzählungen zu allem, was anders ist als das Eigene. Menschen, Erlebnisse, Beobachtungen, Traditionen – erlaubt war die gesamte Vielfalt an Perspektiven. Die Sieger werden am 9. Mai im Bayerischen Landtag gekürt.

Inhalt

Vier Jahre nach Fukushima 2

Metropolen vor Verkehrsinfarkt 3

Flüchtlingscafé in Würzburg 4

Mehr Gerechtigkeit wagen! 6

Barrierefreiheit-Aktion 7

Stockfisch, Bier und Präsidiales 8

Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Die SPD – Erfolgreich für Bayern

Die SPD ist die erfolgreichste Ideengeberin für eine bessere Politik im Freistaat. Das zeigt der Blick auf wichtige gesellschaftliche Weichenstellungen. Manchmal braucht die CSU etwas Zeit, bis sie es einsieht. Manchmal müssen wir sie auch dazu zwingen. Doch am Ende setzen wir die richtigen Lösungen durch. Beispiele gefällig?

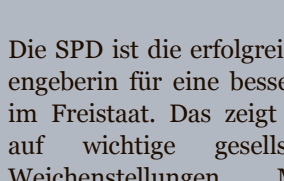
Über Jahrzehnte waren unsere Vorschläge für mehr Kindergärten und mehr Ganztagsschulangebote als „sozialistisches Teufelszeug“ verschrien. Inzwischen haben die Familien einen Anspruch darauf! Ein wichtiger Erfolg der SPD-Fraktion.

800 Lehrerstellen in Bayern wollte die Staatsregierung klammheimlich streichen, obwohl die CSU im Wahlkampf das Gegenteil versprochen hatte. Die SPD-Fraktion hat das aufgedeckt, öffentlich gemacht und verhindert.

Noch 2006 wollte die Staatsregierung den Internetausbau in Bayern „dem Markt“ überlassen. Das Ergebnis: Viele Regionen surfen bis heute auf Brieftaubenniveau. Nun endlich wird unser Vorschlag einer stärkeren staatlichen Förderung umgesetzt. Spät, aber immerhin.

Der Mindestlohn, die Mietpreisbremse, die Eingrenzung des Makler-Unwesens, die Definition Bayerns als gentechnikfreie Region, die menschlichere Behandlung von Flüchtlingen – dies und noch viel mehr sind wichtige Erfolge von uns. **Dafür arbeiten wir.**

Herzliche Grüße



Vier Jahre nach Fukushima

Kohnen: Staatsregierung ist bei erneuerbaren Energien ziellos

Die schrecklichen Bilder von der Atomkatastrophe in Fukushima von 2011 sind uns allen noch sehr präsent. Im Schock entschied sich die CSU damals ausnahmsweise richtig und stimmte den Forderungen von Umweltschützern und SPD nach einem Ende der bayerischen Atom-Ära endlich zu, erinnert die SPD-Energiepolitikerin Natascha Kohnen: „Doch noch immer gibt es von der Staatsregierung kein Konzept für die künftige Energiepolitik im Freistaat. Sie ist völlig planlos, wie Bayern zukünftig mit Strom versorgt werden soll.“

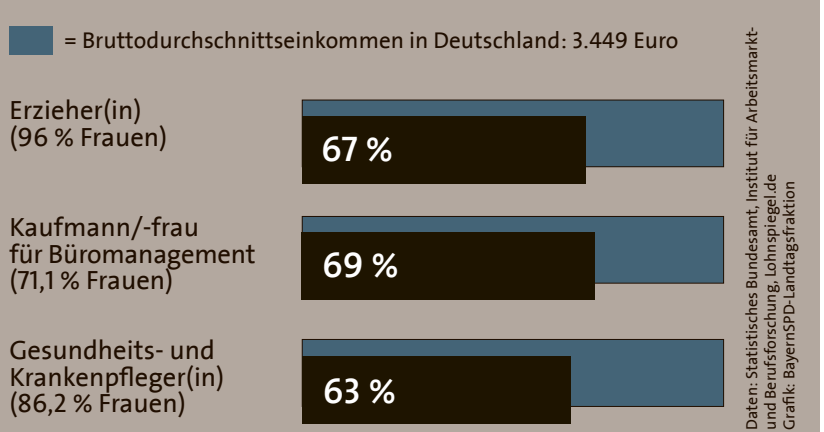
Mit seiner konfusen „Drehhoferpolitik“ habe Ministerpräsident Seehofer in den vergangenen zwei Jahren die Energiewende in die Sackgasse geführt, kritisiert Kohnen: „Dabei gab es in Bayern unmittelbar nach Fukushima ein parteiübergreifend beschlossenes **Energiekonzept**. Damals waren sich alle Parteien einig, dass das Ausbauziel für die Windkraft 6 bis 10 Prozent sein sollte. Doch all das ist inzwischen wieder Makulatur. Es ist fünf vor zwölf – gerade auch was die Energiepreise für Bürger und Industrie und die Versorgungssicherheit angeht.“ Die SPD-Wirtschaftsexpertin Annette Karl betont: „Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie warnt hier inzwischen.“

Mädchenparlament: Abgeordnete für einen Tag

160 Schülerinnen aus ganz Bayern übernahmen am 13. April für einen Tag das **Maximilianeum**. Auf Einladung der SPD-Frauenpolitikerinnen waren sie Abgeordnete für einen Tag. Sie lernten, was ein Antrag ist, wie ein Ausschuss funktioniert und erarbeiteten politische Themen, die für Jugendliche interessant sind: Da ging es zum Beispiel um die Quote für deutsche Musik im Radio, um die Gemeinschaftsschule für Bayern oder um die Freigabe von Cannabis. In der selbst organisierten Plenardebatte probierten die Mädchen aus, wie es ist, vor einem großen Auditorium zu sprechen.

„Wir wollen Mädchen zeigen, wie Politik funktioniert, dass sie ganz viel mit ihrem eigenen Leben zu tun hat und es sich lohnt, sich zu engagieren“, stellen die Frauenpolitikerinnen Dr. Simone Strohmayr und Ruth Müller fest.

Wieviel sind uns unsere „Frauenberufe“ wert?



SPD kämpft gegen Unterrichtsausfall

Die Eltern sind empört: An bayerischen Schulen fällt viel zu viel Unterricht aus. Das liegt am Lehrermangel, wie der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Landtags, **Martin Güll** (SPD), bemängelt: „Während der Grippewelle war an vielen Schulen der Unterricht kaum aufrechtzuerhalten.“ Mit einem Dringlichkeitsantrag drängt die SPD-Fraktion auf schnelle Abhilfe.

Ehrenamt muss zukunftsfest werden

Etwa 3,8 Millionen Menschen in Bayern engagieren sich ehrenamtlich: im Verein, im Sport, der Kirche, in der Politik. „Ohne **Ehrenamtliche** funktioniert unser Gemeinwesen nicht“, weiß Fraktionsvize Hans-Ulrich Pfaffmann. Er will mit der SPD-Fraktion das Ehrenamt zukunftsfest machen. Im Mittelpunkt stehen dabei zeitgemäße Formen der Förderung und Anerkennung. „Die Ehrenamtsnadel allein kann es heute nicht mehr sein“, betont Pfaffmann. Ehrenamtliche werden motiviert, wenn sie am richtigen Fleck arbeiten und wahrnehmen, dass sie etwas bewirken können. Die SPD will bestehende Elemente der Förderung ergänzen: Sie schlägt einen Landesbeirat für ehrenamtliches Engagement vor, der berät und Engagement landesweit koordiniert. Eine Stiftung „Bürgerschaftliches Engagement“ soll eine bessere finanzielle Basis schaffen und durch Preisgelder außergewöhnliche Projekte und Innovationen finanzieren. Der SPD-Gesetzentwurf wird demnächst ins Parlament eingebracht.

Impressum

Herausgeber
BayernSPD-Landtagsfraktion
Stv. Vorsitzender
Hans-Ulrich Pfaffmann
Maximilianeum
81627 München

Redaktion
Ulrich Meyer (V.i.S.d.P.)
Telefon: 089 - 4126 2381
E-Mail: zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion
Pressestelle
Maximilianeum
81627 München

Layout
shot one GmbH

Druck
Frankenpost Verlag GmbH
Druckzentrum

5,5 Millionen Menschen leben in der Metropolregion München (München, Augsburg, Ingolstadt, Landshut, Rosenheim), die Metropolregion Nürnberg (Nürnberg, Fürth, Erlangen, Bayreuth, Bamberg, Hof) hat 3,5 Millionen Einwohner. Tendenz steigend. Dem wirtschaftlichen Erfolg stehen jedoch große Herausforderungen an die Infrastruktur gegenüber.

Vor dem Verkehrsinfarkt: Herausforderungen für bayerische Metropolen

Die europäischen Metropolregionen sollen Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sein und dazu beitragen, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen. Doch dafür braucht es eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur.

VON MARKUS HAUTMANN

Während manche bayerische Regionen mit Strukturschwäche und den damit verbundenen Auswirkungen wie Abwanderung, verfallende Infrastruktur (Schulsterben, Schwimmbadschließungen, unzureichender öffentlicher Personennahverkehr) und Überalterung zu kämpfen haben, sehen sich die **Metropolen** Nürnberg und München einem zunehmenden Zuwanderungsdruck ausgesetzt. Dieser äußert sich nicht nur in rasant steigenden Mieten, er bringt auch die Verkehrsinfrastruktur an ihre Belastungsgrenze.

Münchens Alt-Oberbürgermeister Christian Ude prognostiziert ohne gewaltige Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr den nahen Verkehrsinfarkt: „Das, was wir derzeit bereits an Überfüllung in den Zügen und Staus auf den Straßen erleben, wird uns in naher Zukunft geradezu paradiesisch vorkommen."

Bewältigen lassen sich die Probleme nur durch eine engere Zusammenarbeit aller betroffenen Kommunen, den Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Bürgerinitiativen, um die Themenfelder Arbeit, Mobilität und auch soziale Infrastruktur gemeinsam zu gestalten. Aus eigener Kraft sind die erforderlichen Investitionen für Städte und Kommunen nicht zu stemmen.

Der Verkehrsexperte der Fraktion, Bernhard Roos, mahnt: „Der Freistaat muss alles daransetzen, das Gemeindefinanzierungsgesetz über 2019 zu verlängern und finanziell besser auszustatten. Die wichtigsten Verkehrsprojekte sind die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München, die StadtUmland-Bahn in Nürnberg und ein größerer Verkehrsverbund im Raum Augsburg. Das hilft nicht nur den Metropolregionen, sondern auch den Pendlern aus ganz Bayern."

Doch die Umsetzung dieser Verbesserungen scheitert oftmals am Bund. SPD-Finanzexperte Dr. Herbert Kränzlein aus Fürstenfeldbruck nimmt bei der S-Bahn Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) in die Pflicht: „Wir müssen das Nadelöhr beseitigen. Die täglich 800.000 Pendler und weiteren Bahnfahrgäste dürfen nicht noch länger vertröstet werden."

Ganztagsgrundschulen für alle Kinder

VON GUDRUN RAPKE

Ab dem kommenden Schuljahr sollen 300 von 2.750 Grund- und Förderschulen in Bayern eine offene **Ganztagsbetreuung** bekommen.

Die Staatsregierung nimmt langjährige Forderungen der SPD-Landtagsfraktion auf. Fraktionsvizin Dr. Simone Strohmayr will, dass schnell möglichst viele Kinder profitieren und schlägt daher einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz vor. „Nur so kommen wir voran."

Und selbstverständlich brauche eine Ganztagsschule, in die Kinder gerne gehen, auch Qualität, vor allem aber hervorragendes Personal. „Darauf werden wir achten", betont die schwäbische Abgeordnete Strohmayr.

Läuft – oder nicht? Zahlen zum Verkehr in Bayern

14 Jahre warten die Münchner schon auf eine zweite S-Bahn-Stammstrecke.

Fast jede 4. staatliche Brücke braucht eine grundlegende Sanierung.

60 % aller Bahnhöfe in Bayern sind nicht barrierefrei. Pech für alle mit Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen.

23 % weniger Busse sind seit 2003 staatlich gefördert worden.

Kekse, Kicker und Begegnungen – Flüchtlingsarbeit mal anders

VON FELIX HÄLBICH

Im Heimcafé finden Flüchtlinge und Bürger zusammen: Eva Peteler, Mitbegründerin im Gespräch mit einem Heimbewohner, daneben Addis Mulufeta, ebenfalls Mitbegründer des Cafés und der Landtagsabgeordnete Georg Rosenthal.

Amar* ist Afghane und vor zwei Jahren nach Deutschland gekommen. Nach Würzburg, in eine Stadt, die ihm fremder nicht hätte sein können. Fremd wie alles andere auch. Die Sprache, die Menschen, das Klima und die neue Umgebung: eine Gemeinschaftsunterkunft mit kahlen Wänden und Räumen, die eher einem Lager gleicht.

Das Gefühl, ein Stück weit anzukommen, hatte Amar zum ersten Mal im Heimcafé. Dort lernte der 37-Jährige die junge Hanna kennen, die ihm sogar einen Platz in einer Studenten-WG in der Innenstadt vermitteln konnte. Das Café ist ein Treffpunkt von Flüchtlingen und interessierten Bürgern, die sich engagieren. „Hier wird den Flüchtlingen zum Beispiel bei der Übersetzung von offiziellen Briefen geholfen“, erklärt Addis Mulufeta, selber Flüchtling aus Äthiopien und Mitbegründer des Cafés. „Die Idee war, etwas für die Integration zu machen und Einheimische und **Flüchtlinge** zusammenzubringen.“

Wenn man sich im Café umschaut, scheint das zu gelingen. Die Menschen sitzen an Tischen zusammen und unterhalten sich angeregt, der Geräuschpegel in dem etwa 40 Quadratmeter großen und einfach eingerichteten Raum ist enorm. In der hinteren Ecke stehen eine Tischtennisplatte und ein Kicker für die jüngeren Bewohner der Unterkunft, die Atmosphäre erinnert an den Gemeinschaftsraum einer Jugendherberge.

Mittendrin auch der SPD-Landtagsabgeordnete Georg Rosenthal, der schon lange zu den Unterstützern der Einrichtung gehört. „Das Heimcafé ist eine niedrigschwellige Begegnungsstätte, in der Flüchtlinge und Helfer zueinanderfinden. Es entwickeln sich Patenschaften für Kinder, Hilfe bei Behördengängen oder Deutschnachhilfe“, erzählt Rosenthal begeistert.

Die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber im Westen Würzburgs hat nicht den besten Ruf, die Lebensbedingungen für die rund 450 Bewohner gelten als schlecht. Trauriger Höhepunkt der Diskussion war der Selbstmord des iranischen Flüchtlings Mohammad Rahsepar Anfang 2012. Er hatte sich in seinem Zimmer erhängt. Kritiker sahen einen Zusammenhang zwischen der Art der Unterbringung und dem Suizid. Das Gelände sieht in der Tat alles andere als einladend aus. Die ehemalige Kaserne, welche in dunkelsten Zeiten „Adolf-Hitler-Kaserne“ hieß, ist von hohen Zäunen mit Stacheldraht umgeben. Sie liegt direkt an der lauten Schnellstraße B27. Den nüchternen, beigen Gebäuden sieht man ihr Alter von rund 75 Jahren an. Es gibt ein paar wenige Bäume, aber eine größere Wiese oder gar einen Park sucht man vergebens. Die ehemalige Funktion als Kaserne ist deutlich sicht- und geradezu körperlich spürbar. Über ein etwas heruntergekommenes Treppenhaus im Haus Nummer 302 am südlichen Ende der Kaserne gelangt man in das Café, welches immer montags von 19 bis 21 Uhr geöffnet ist. Ein fester Stamm von sechs Personen arbeitet dort. Die jungen Männer und Frauen bereiten Teller mit kleinen Knabbereien wie Kekse,

In Deutschland und Bayern wurden in den vergangenen Monaten stark gestiegene Flüchtlingszahlen verzeichnet. Die Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Zirndorf und München sind prekär. Ein positives Beispiel, wie mit einfachen Mitteln Flüchtlingen geholfen werden kann, ist das Heimcafé in der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg. Die ehrenamtlich betriebene Begegnungsstätte auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne bietet Flüchtlingen die Möglichkeit, mit Deutschen in Kontakt zu kommen. Der Autor hat das Café besucht.

Nüsse und Obst vor und machen Kaffee und Tee. Die Lebensmittel werden gespendet, bezahlen müssen die Besucher dafür nichts.

Bereits um kurz nach sieben ist der Raum gut gefüllt. An einem Tisch sitzt Lisa, Studentin, Anfang 20, lange blonde Haare, offenes freundliches Gesicht. Sie ist in ein Gespräch mit Abdulferoz vertieft. Der 22-jährige Afghane ist seit vier Jahren in Deutschland. Er und Lisa kennen sich schon länger, zwischen ihnen ist eine Freundschaft entstanden. Durch den engen Kontakt mit Deutschen spricht Abdulferoz zwar kein akzentfreies, aber ein nahezu perfektes Deutsch. Der schlanke, attraktive Mann mit den feinen Gesichtszügen hilft mittlerweile Schülern bei den Hausaufgaben. „Die Deutschen kommen und sprechen mit uns über unsere Probleme, das ist schön, dadurch lernen wir auch die deutsche Kultur besser kennen“, berichtet Abdulferoz. Lisa ist eine aufmerksame Zuhörerin und hinterfragt die Dinge, die im Land passieren. „Ich finde es erschreckend, wie weit Fremdenfeindlichkeit und offener Rassismus in Deutschland verbreitet sind“, erklärt sie mit Nachdruck. „Dabei können wir selber ja auch von den Flüchtlingen profitieren. Der Kontakt mit Menschen, die schlimme Erfahrungen im Leben gemacht haben, bringt mich auch persönlich weiter.“

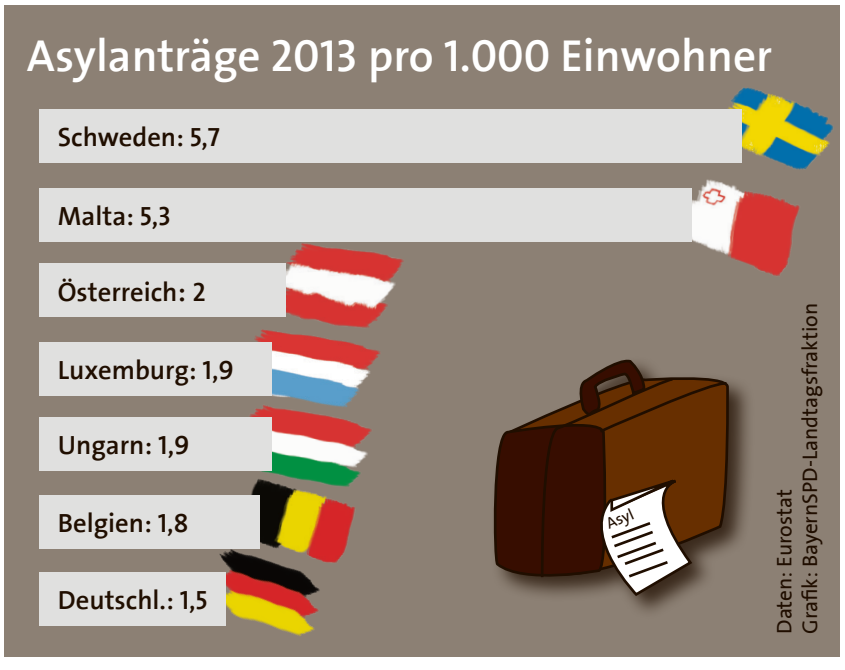
„Die Flüchtlinge sollen nicht nur einsam auf ihrer Bettkante hocken“, findet auch Eva Peteler, ebenfalls Mitbegründerin des Cafés. Sie nimmt vor allem die CSU-Regierung in die Pflicht, was die unglückliche Situation der Asylbewerber angeht. „Die Staatsregierung hat viel zu lange gewartet und die Augen vor der Flüchtlingsproblematik verschlossen“, schimpft Peteler. „Man hätte schon vor mindestens eineinhalb Jahren anfangen müssen, Personal auszubilden und neue Infrastrukturen zu schaffen!“ Das Heimcafé in Würzburg kann da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Das ist auch Peteler klar. Lässt man das rege Treiben in dem Raum eine Weile auf sich wirken, wird aber schnell klar, dass es hier nicht um das große Ganze geht. Das Heimcafé ist stattdessen eine kleine Oase inmitten einer verkorksten bayerischen Flüchtlingspolitik. Auch dieser Abend war für viele Asylbewerber ein kleiner Lichtblick in ihrem sonst so grauen Alltag.

**Name von der Redaktion geändert*

Der SPD-Flüchtlingshelferempfang am 16. Dezember 2014 mit 650 Vertretern von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Hilfsorganisationen

SPD-Fraktion dankt Flüchtlingshelfern

Bis zum Jahresende 2014 kamen etwa 200.000 Flüchtlinge nach Deutschland, 35.000 von ihnen stellten einen Asylantrag in Bayern. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind übervoll, staatliche Stellen sind dringend auf die Mitarbeit von Tausenden Freiwilligen angewiesen. „Am heutigen Tag rollen wir Ihnen den roten Teppich aus und sagen ein herzliches Dankeschön“, rief Fraktionschef Markus Rinderspacher den Gästen beim **Flüchtlingshelferempfang** der SPD im Bayerischen Landtag zu. Diese kamen zum Meinungsaustausch und formulierten Anliegen im Sinne ihrer Schützlinge. Fraktionsvize Hans-Ulrich Pfaffmann hatte den Empfang organisiert – zu Gast waren die Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Herbert Woerlein und Isabell Zacharias. Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter berichtete von der überwältigenden Hilfsbereitschaft der Bürger. Allein 80 Tonnen Kleidung seien in den letzten Monaten gesammelt worden. „Wir sind auf einem guten Weg“, freute sich der OB. Reiter forderte, die Asylverfahren zu beschleunigen. „In einer Millionenstadt wie München muss es möglich sein, 6.000 Flüchtlinge aufzunehmen – 0,4 Prozent der Bevölkerung.“



Themenseite: Reiches Land, armes Land – warum wir unbedingt mehr Gerechtigkeit brauchen

Politik muss sich auch um Benachteiligte kümmern!

GASTKOMMENTAR VON HEINRICH BEDFORD-STROHM, Ratspräsident der Evangelischen Landeskirche Deutschlands (EKD)

Die Wirtschaft brummt in Deutschland. Der DAX hat den höchsten Stand seit Bestehen des Index erreicht. Die Steuereinnahmen sprudeln und vielen Menschen geht es wirtschaftlich sehr gut. Darüber darf man sich freuen.
Bei aller Freude über diese positiven Wirtschaftsdaten dürfen wir uns aber nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass es immer noch viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gibt, die noch nicht von diesem Wirtschaftswachstum profitieren. Trotz Mindestlohn fällt es vielen Menschen schwer, von dem Geld, das sie sich selbst erarbeiten, materiell sorgenfrei leben zu können. Und wir haben noch immer über eine Million Langzeitarbeitslose in Deutschland. Das kann uns nicht ruhig lassen. Es braucht verstärkt Ideen, Wege und Lösungen, damit diese Menschen mehr an der Gesellschaft teilhaben können. Die Anstrengungen, die vom Arbeitsministerium zur Verbesserung der Situation unternommen werden, gehen aus meiner Sicht in die richtige Richtung und müssen verstärkt werden.
Die biblische Option für die Armen ist eine Verpflichtung für uns als Kirche, diese Anstrengungen zu unterstützen und uns für diejenigen einzusetzen, die nicht oder nur sehr reduziert am gesellschaftlichen Leben teilhaben.
Es bleibt zugleich eine Kernaufgabe für alle, die Verantwortung tragen in unserem Land – allen voran für die Parteien, die die entsprechenden Weichenstellungen vorzunehmen haben.

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher (l.) mit Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm auf dem Synodalempfang.

Arm oder reich? Ein paar Fakten zur sozialen Lage.

1 % der reichsten Deutschen besitzen 33 % des Gesamtvermögens – schätzen Wirtschaftsexperten.

Um **70 %** sind die Gehälter der DAX-Vorstände in den letzten zehn Jahren gestiegen.

169 Jahre müsste eine Erzieherin für ein Jahresgehalt (5,3 Millionen Euro) eines DAX-Vorstands arbeiten.

2,5 Mio. Kinder in Deutschland sind arm – sagt der Kinderschutzbund.

20 % der Menschen in Deutschland waren 2013 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Ein Spiegel namens Griechenland

GASTKOMMENTAR VON MARIA NOICHL, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Mitgliedsländer der EU und die 28 Kommissarinnen und Kommissare haben derzeit einen Tagesordnungspunkt, der jeden Tag vorn auf der Agenda steht: Griechenland.
Natürlich beschäftigt uns im Europäischen Parlament das Thema ebenso täglich. So wird z. B. im Frauenausschuss die Situation der Frauen in Griechenland thematisiert. Eine Stellungnahme der Kommission zeigt deutlich auf, dass die Folgen der Krise ganz besonders von Frauen in den südlichen Ländern zu tragen sind. Tägliche Realität: der Hunger, die fehlende medizinische Versorgung, 60 Prozent arbeitslose junge Frauen und die immer noch sinkenden Löhne – und dies alles mitten in Europa.
Das griechische Volk hat darauf mit einem Linksruck reagiert. Gut so. Das sage ich ganz klar. Das Volk will einen Kurswechsel. Darin unterstütze ich die Griechen ausdrücklich.
Dies ist auch der Grund, warum Schäuble und Co. so unversöhnlich und extrem hart reagieren.
Sie hätten auf „Weiter so“ geschaltet, wenn Konservative in Griechenland gewonnen hätten, dann wäre der Kurs von Schäuble doch weiterhin klar: Ihr kauft unsere Produkte und wir leihen euch Geld – aber: Lasst uns die Reichen in Ruhe! Oder?
Doch jetzt ist Schäuble übernervös und ungerecht, denn die neue griechische Regierung, mit all ihren Problemen und Fehlern, tut eines: Sie hält Schäuble und uns allen den Spiegel vor.
Von den 230 Milliarden Euro an Krediten gingen über 95 Prozent direkt an die Banken. Diese taten nichts anderes, als dann ihre griechischen Staatsanleihen an das europäische Volk zu verkaufen.
Dies ist der Grund, dass am Ende die Menschen in Europa mit ihren Steuergeldern haften.
So funktioniert Kapitalismus pur. Wer nichts hat, dem wird genommen. Wer hat, dem wird vielfach gegeben. Lasst uns doch die Parallelen zu Schäubles Politik in Deutschland erkennen.
Die Verarmung großer Bevölkerungsgruppen kennen wir ebenso, die Sorge, durchs soziale Netz zu fallen und das klare Erkennen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich unaufhaltsam größer wird.
Der Kapitalismus ist dann zu Ende, wenn einer alles hat. Wir sind auf dem Weg dahin.
Griechenland hat die Handbremse gezogen und, wenn auch ungeschickt, versucht, einen neuen Weg einzuschlagen. **Ich möchte,** dass wir von den Griechen lernen: endlich aufstehen und diesem neoliberalen Gedankengut streithaft entgegentreten.
Denn Mutti wird's nicht machen. Wir müssen es selber tun.

Seehofers Luftblase mit der Barrierefreiheit

SPD-Fraktion will Barrieren im öffentlichen Leben und in den Köpfen beseitigen

VON ULRICH MEYER

Es wäre auch zu schön gewesen. Im November 2013 kündigte Ministerpräsident Seehofer vollmundig an, Bayern werde bis 2023 komplett barrierefrei. Sozialministerin Müller bezifferte den gesamten Finanzierungsbedarf auf 1,5 Milliarden Euro. Doch nur ein Jahr später stellte sich Seehofers Versprechen als Luftblase heraus: Nur 20 Millionen Euro wurden dafür im Doppelhaushalt 2015/2016 zusätzlich eingeplant, wie SPD-Finanzexperte Reinhold Strobl bemängelt. Zahlen sollen nun vor allem die Kommunen und die Bahn.

Die Enttäuschung bei Wohlfahrtsverbänden, Gesundheitsorganisationen und Behindertenvereinen ist bis heute groß. Der Sozialverband VdK Bayern warnt, mit so wenig Geld drohe ein „Stillstand“. Das befürchtet auch die SPD im Freistaat und hat sich deshalb vorgenommen, den Einsatz für Barrierefreiheit mit einer landesweiten Kampagne zu unterstützen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit einer großen parlamentarischen Anfrage die Staatsregierung zur Offenlegung der derzeitigen Situation gezwungen. Das Ergebnis ist erschütternd, denn die Regierung weiß kaum über die Lage Bescheid. In allen Themenbereichen und Landesteilen gibt es aber gravierende Mängel.

Die SPD-Sozialpolitikerin Ruth Waldmann aus München will deshalb kämpfen: „Der Ministerpräsident hat große Hoffnungen geweckt und steht im Wort! Eine barrierefreie Umwelt kommt nicht nur Menschen mit Behinderungen zugute, sondern erleichtert auch älteren Personen und Familien mit Kindern den Alltag. Barrierefreiheit ist die Voraussetzung für echte Teilhabe aller Menschen.“

Die Regensburger SPD-Bildungspolitikerin Margit Wild will mit der Kampagne vor allem sensibilisieren: „Die Barrieren im öffentlichen Leben sind groß, doch die Denkbarrieren in den Köpfen sind oft noch viel größer. Wir müssen das Thema in den Gehirnen und Herzen verankern.“

Mehr Infos hier

© RobertHoetink – istock.com

Dr. Paul Wengert: Mehr Geld für Kommunen

Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

Dr. Paul Wengert, früher Stadtoberhaupt von Augsburg und Füssen, ist der Experte der SPD-Landtagsfraktion für Kommunalpolitik.

Bayern ist das reichste Bundesland. Trotzdem gibt es zahlreiche **Kommunen im Freistaat**, die massive finanzielle Sorgen haben. Deshalb fordert die SPD schon seit Jahren mehr Geld für die Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke. Vor allem sollen sie über dieses Geld frei verfügen können.

Die SPD-Landtagsfraktion ist Anwalt der Kommunen. Sie setzt sich beispielsweise dafür ein, dass diese ein größeres Stück vom Steuerkuchen abbekommen. Der kommunale Anteil an den allgemeinen Steuereinnahmen muss stufenweise von aktuell 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden.

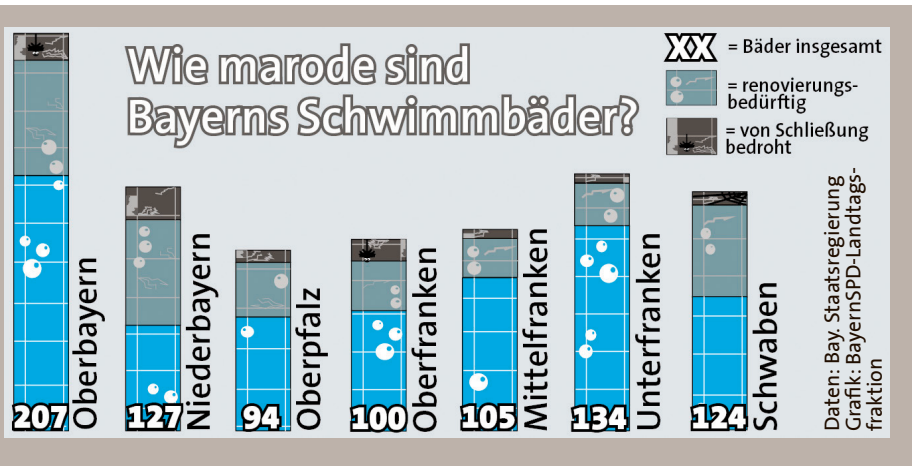
Die SPD will außerdem, dass die Kommunen auch in Zukunft wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen bereitstellen. Die bewährte kommunale Daseinsvorsorge muss also erhalten bleiben. Sie garantiert eine effiziente, bürgernahe, bezahlbare und flächendeckende Versorgung – von der Trinkwasser- und Energieversorgung über den öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Abwasserreinigung.

Die Kommunen dürfen mit den Problemen nicht alleingelassen werden. Dafür setzt sich die SPD-Fraktion ein.

CSU macht Schwimmbäder auf dem Land dicht

Die bayerische Staatsregierung will Schwimmbadschließungen in klammen Gemeinden tatenlos zusehen. Die CSU-Fraktion lehnte einen Antrag der SPD für ein 30-Millionen-Euro-Rettungspaket ab. Und das, obwohl 30 Prozent der 889 öffentlichen Schwimmbäder im Freistaat sanierungsbedürftig sind und 65 Bädern sogar die Schließung droht.

In den vergangenen zehn Jahren mussten in Bayern bereits 43 öffentliche Schwimmbäder dichtgemacht werden. Die SPD-Sportpolitiker Harald Güller und Diana Stachowitz betonen: „Das Verhalten der CSU ist nicht nachvollziehbar.“

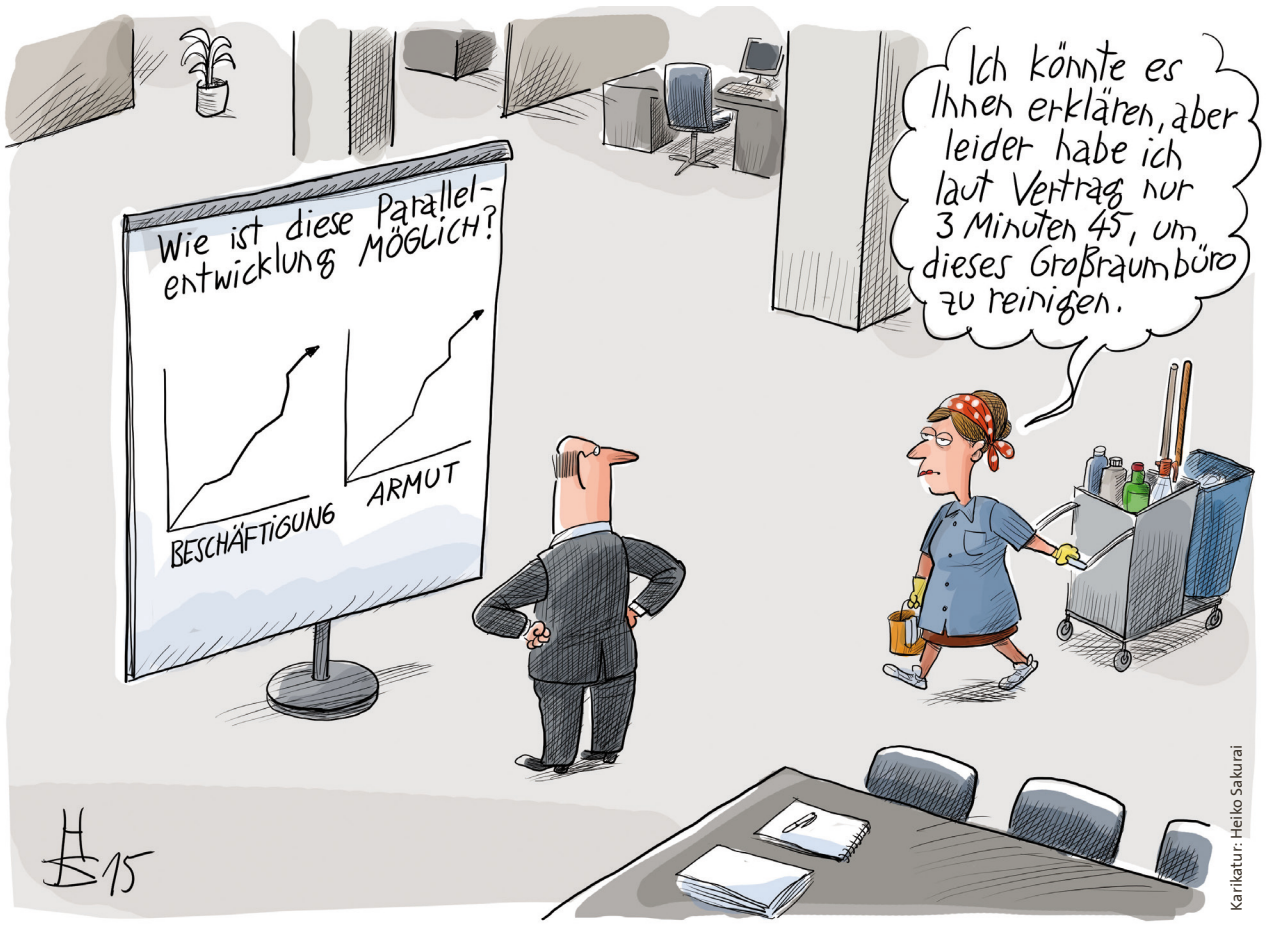


Klaus Adelt und der Stockfisch – ein Oberfranke erobert Bayerns Küchen

Foto: Klaus Adelt

Klaus Adelt ist nicht nur Politiker aus Leidenschaft. Der 58-jährige Oberfranke sitzt seit 2013 als SPD-Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Doch tief im Herzen ist er auch ein **Feinschmecker**. Und als solcher hat er sich dem Stockfisch verschrieben: „Ich importiere ihn aus Skandinavien und versorge mit meinem kleinen Verkaufswagen auf Wochenmärkten oberfränkische Genießer."

Stockfisch ist getrockneter Kabeljau, der vor dem Verzehr tagelang eingeweicht werden muss und dabei einen besonderen Duft entwickelt. Vor Kurzem lud Adelt seine SPD-Kollegen zum Probieren ein: Inge Aures, Florian von Brunn, Martin Güll, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayr, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert und Herbert Woerlein verkosteten die fischige Delikatesse. Adelt schwärmte begeistert: „Das Aroma ist unvergleichlich. Mit Knödeln ist der Stockfisch ein Gedicht!"



Karikatur: Heiko Sakurai

Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

Inge Aures: Aus dem Arbeitsleben einer Vizepräsidentin

Als „dritte Frau im Staat" habe ich Einblicke in verschiedenste Themen und Lebensbereiche. Da sind die gesellschaftlichen Höhepunkte: Dabei sein zu dürfen, als Pep Guardiola José Carreras eine Auszeichnung überreichte, da schlägt auch mein Herz höher und ich gestehe, ich war beeindruckt. Eine solche Begegnung zählt zu den sehr angenehmen Seiten meines Amtes als **Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags.**

Ganz anders, aber nicht weniger bewegend für mich war der Empfang für die Vertreter der Pflegeberufe in Bayern. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wo diese Menschen der Schuh drückt, und kann beurteilen, wie wichtig ihr Anliegen ist, mehr Anerkennung und auch eine bessere Vergütung für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit zu bekommen. Immer mehr Menschen bedürfen professioneller und liebevoller Pflege. Da ist es nur konsequent und richtig, wenn wir diejenigen, die Tag und Nacht für alte und gebrechliche Menschen da sind, auch unterstützen. Das gebietet die Menschlichkeit und da setze ich mich besonders gern ein.

Termine

18.05.15, 19.30 Uhr
Eurospektiven:
Großbritannien nach der Wahl – mit Linus Förster (Landtag)

22.05.15, 18.00 Uhr
Talk im Max: Kultur ohne Barrieren – mit Isabell Zacharias (Landtag)

24.06.15, 19.30 Uhr
Muslimisches Fastenbrechen – mit Arif Tasdelen (Landtag)

Mehr Infos hier

SPD will Franken länger feiern lassen

Was der Münchner schon lange darf, bleibt den Franken verwehrt. Während die Biergärten in Altbayern locker bis 23 Uhr geöffnet haben dürfen, müssen die Wirte in Franken ihre Bier- und Weintische in Außenbereichen bereits um 22 Uhr räumen. „Auch wir Franken wollen die Sommernächte gerne **etwas länger genießen**", sagt der SPD-Verbraucherpolitiker Harry Scheuenstuhl mit einem Augenzwinkern.

Der Fürther Abgeordnete Horst Arnold ist immer noch sauer,

Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

Möchte mit seinem Bier im Sommer länger draußen sitzen: der Abgeordnete Harry Scheuenstuhl.

weil die CSU letztes Jahr seinen Antrag ablehnte. Die sogenannten „Freischankflächen" sollten von 7 Uhr morgens bis 23 Uhr am Abend geöffnet werden können. Doch die Franken lassen nicht locker. Auch die unterfränkische Tourismusexpertin Martina Fehlner findet die Regelung ungerecht. Scheuenstuhl weiß die Lösung: „Die Gemeinden und Städte sollten selbst über die konkrete Umsetzung entscheiden können, wenn es Beschwerden geben sollte." Die drei Kämpfer für den Genuss setzen ganz auf das (alt-)bayerische Motto „leben und leben lassen".